

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wöchentliches Abonnementpreis 0,75 Mk.;  
bei jeder Bestellung durch den Briefkasten  
im Preis 18 Pf. mehr.  
Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung des Verbands- und Bezirks-Vorstände  
von  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(1904-1905)  
Berlin N.O. 55, Großsauerbrunn Straße 22/23.

Empfänger des Blattes:  
Geschäftsamt des Verbands, 15 Pf.  
Verbandsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt 5 Pf.  
Redaktion und Expedition:  
Postfach 100, Großsauerbrunnstraße 22/23.  
Gesamtpreis: Band VII, 12. 1911.

Nr. 92.

Berlin, Sonnabend, 18. November 1911.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Das Koalitionsrecht. — Die Organisation der Landarbeiter. — Kolonialhandel und sonstiger Außenhandel. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereine. Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

### Das Koalitionsrecht. (Schluß.)

Die Arbeiterbewegung selbst hat durch Streik- und andere Koalitionsvergehen den größten Schaden, indem sie sich erbitterte Feinde schafft, sich bei vielen Freunden in ein schlechtes Licht setzt, durch solche Feinde ihr eigenes Licht verdunkelt, den Gegnern Waffen zu ihrer Bekämpfung liefert und sich selbst ihre Aufgabe erschwert. Ist denn aber die Zahl der Streikerzelle wirklich so groß und weist sie eine so bedrohliche Zunahme auf, wie es von den Gegnern der Organisationen immer hingestellt wird? Durch Erhebungen, die der Zentralverband Deutscher Industrieller selbst, also doch eine gewiß unverdächtige Stelle, vorgenommen hat, durch die Kriminal-Statistik des Deutschen Reiches und auch die amtliche Streikstatistik ist festgestellt worden, daß die Koalitionsvergehen keineswegs eine beorgenswerte Zunahme aufweisen, sondern im Gegenteil eine Abnahme. Außerdem aber ist ihre Zahl auch nicht annähernd so hoch wie die Zahl der strafbaren Handlungen, die sich Arbeitgeber gegen den gesetzlichen Arbeiterschutz zuschulden kommen lassen. Vertragen doch die Streikvergehen im Durchschnitt einige Hundert, die Verstöße der Arbeitgeber gegen die Arbeiterschutzbestimmungen viele Tausende. Geilündigt wird hieben und drüben, aber gerade bestraft werden die Arbeiter härter. Dafür wird eine lange Liste aufgeführt, die ein deutliches Bild gibt von der Schärfe, mit der Streikvergehen angefochten werden.

Auch den Ruf nach Schutz der Arbeitswilligen berücksichtigt Prof. Franke. Er steht auf dem Standpunkte, daß es Arbeitswillige gibt, deren Beweggründe sicherlich von hohem sittlichen Werte sind. Andererseits aber kennzeichnet er eine Sorte, deren Motive recht unedler Natur sind. Er verweist dabei auf die Streikbrecheragenten à la Sinke, deren Leute man richtiger mit dem Worte Abenteurer bezeichnen müsse. Elemente, denen an der Arbeit blutwenig, desto mehr an guter Bezahlung und Verköstigung liegt, die das ungebundene aufregende Leben lieben, heute im Osten und übermorgen im Norden sich herumzuschlagen, gewerksmäßige Demuzianten und Krafelher, bei denen Revolver und Messer sehr lose sitzen. „Wenn streikenden Arbeitern, denen die „Sinke-Garde“ in den Rücken fällt, dann die Witze streift, so soll das Erbitterung in die Fäuste fährt, so soll das nicht bedingt werden, aber menschlich begrifflich ist es.“

Ten Schluß dieses Teiles der Betrachtungen bilden folgende beherzigenswerte Sätze:

„Niemand wird es gelingen, Arbeitskämpfe auf dem Wege der Repression zu mildern oder zu mildern, ebenso ist es unmöglich, Ausdehnungen und Rechtsbrüche nur mit Strafen, mit offenen oder verdeckten Ausnahmemaßnahmen zu verbieten. Es sind solche Kennner der Arbeiterzelle, Bureaufakten, Parteigänger oder Interessenten, die zu einer Beschränkung des Koalitionsrechtes und zu Strafverschärfungen gegen Streikvergehen raten. Erwägt man ihre Wünsche, so wird man nur die Erbitterung steigern, die Leidenschaften erhitzen, Märtyrer schaffen und auch die Reaktion des Habitualismus in die Arme treiben. So bedauerlich die Schwägungen unserer wirtschaftlichen und sozialen Lebens durch die Streiks, noch mehr aber durch die Ausprägungen sind, so verwerflich

Gewalttaten und Exzesse bei Arbeitskämpfen sein mögen, so ist es doch ebenso unbestreitbar wie erhebliche Tatsache, daß die deutsche Arbeiterbewegung, im harten Strom der Entwicklung, die Kraft und Größe des Vaterlandes, ob mit, ob wider Willen, verstärkt und gehoben hat. Innerer gewerkschaftlichen Organisation, ohne Unterbrechung der Richtung, ist es zu danken, daß wir in Deutschland vor anarchistischen Freveltaten und sozialistischen Sabotageverbrechen bewahrt worden sind. Die Gewerkschaft in der strikte Gegensatz zu Geheimbünden. Im Verein mit der sozialen Gesetzgebung und dem wirtschaftlichen Aufschwung hat sie die Gesamterziehung der deutschen Arbeiterschaft veredelt und gehoben. Eine der größten Aufgaben der Gegenwart hat der jetzige Reichstagsrat in einer öffentlichen Versammlung die Eingliederung der modernen Arbeiterbewegung in den Staat genannt. Wagt man das Ziel durch Rechtsverschärfung, Ausnahmemaßnahmen, Strafverschärfung zu erreichen? Wozu das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiterschaft taugt, der untergeordnete, das nur das höchste Gut der Gesellschaft, das wir in einer Zeit wachsenden Bureaukratismus doppelt schätzen, sondern er verkehrt auch die Wahrheit haarkrauterkaltende Kraft der Gerechtigkeit.“

In dem zweiten Teil des Aufsatzes beschäftigt sich Prof. Franke speziell mit dem Streikrecht, das ja nicht identisch ist mit dem Koalitionsrecht. Es wird sich noch Gelegenheit bieten, auf die darin geäußerten Gedanken näher einzugehen. Der Verfasser kommt zu dem Resultat, daß gegen das Vorgehen der Scharfmacher aus Bürgertum und Arbeiterschaft sich ein Protest erheben muß, der sowohl Verschleppungen abwehrt, als auch Verbesserungen zum Ziele hat.

Solche Reformen müssen darauf bedacht sein, die Berufsvereine der Arbeitgeber und der Arbeiter zu kräftigen und zu feigen, die Autorität ihrer Führer zu erhöhen und die Disziplin der Mitglieder zu sichern. Es müssen alle Strafparagrafen und Gesetzesbestimmungen fallen, die fündiger Rechtsprechung Strafen liefern, um Verhandlungen und Verträge zwischen den Parteien zu unterbinden. Mit allem Bedacht müssen vielmehr Vorkehrungen getroffen werden, die den Weg zu solchen Verhandlungen und Verträgen ebnen. Das sind die wirksamsten Mittel, um Arbeitskämpfe zu verbieten. So aber die Wirkstoffe des Koalitionsrechtes vorzukommen, so sieht man mit alledem Maße: der Arbeiter, der gegen die Koalitionsfreiheit kämpft, ist nicht schlimmer als der Arbeitgeber, der die Arbeiter im Gebrauch dieser Freiheit hindert. Und es muß seiner aufgemerkt werden mit dem Grundjah, daß Vergehen nur aus dem einzigen Grunde itrenar bestraft werden müssen, weil sie von Arbeitern und in Arbeitskämpfen verübt worden sind. Man strafe als Streikvergehen Verleumdungen, Verschimpfungen, Mißhandlungen, Körperverletzungen — kurz alle Taten der Rohheit so streng, wie es sich gebührt, aber man richte sie mit demselben Maßstabe, der überall sonst für Taten derselben Art angewandt wird. Und man lasse dem einen wie dem anderen die Wohltat mildernder Umstände zuteil werden, die der Richter für die Wahrung berechtigter Interessen und für leidenschaftliche Erregung da zubilligt, wo nicht unedle Beweggründe mitspielen. Das von Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1889 bei Eröffnung der ersten Ausstellungen für Unfallversicherung zum Präsidenten des Reichstages und dem Abgeordneten Knoke geprüchene Wort: „Es kommt vor allem darauf an, den Arbeitern die Ueberzeugung beizubringen, daß sie ein gleichberechtigter Stand sind,“ wird nirgends jünger und öfter Vagen getraut als in der Gesetzgebung und Rechtsprechung über Koalition und Streik.“

Das Beginnen, die jetzt herrschende Ungerechtigkeit künftig noch weiter verschärfen zu wollen, wird als verhängnisvoll bezeichnet, doppelt verhängnisvoll im gegenwärtigen Augenblick, wo Ueberzeugung und Not an Millionen von Arbeitertüren pocht.

Gibt doch erst das freie Koalitionsrecht dem Arbeiter die Macht, auf dem Wege der Selbsthilfe höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu erringen. Das ist so zutreffend, daß wir von ganzem Herzen den Ausführungen des Prof. Franke freundliche Aufnahme und Verständnis in allen denjenigen Kreisen wünschen, die an der Gestaltung unserer Gesetzgebung mitzuwirken berufen sind. Nicht Schwächung des Koalitionsrechtes, sondern Erweiterung desselben muß die Parole sein.

### Die Organisation der Landarbeiter,

wie sie neuerdings durch die Gründung des Gewerkevereins der Land-, Forst- und Gartenarbeiter als Sektion unseres Gewerkevereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter betrieben wird, hat in den weitesten Kreisen berechtigtes Aufsehen erregt. Namentlich in den landwirtschaftlichen Provinzen beipricht die Presse eingehend die Neugründung, und soweit es sich um wahrhaft volksfreundliche Blätter handelt, begrüßen sie den entscheidenden Schritt vorwärts mit lebhafter Freude und Begeisterung.

In einem längeren Artikel beschäftigt sich auch die „Königsb. Gart. Sta.“ mit der Angelegenheit, wobei ausdrücklich hervorgehoben wird, daß eine Lösung der Landarbeiterfrage nur dann möglich ist, wenn man die Lage des Landarbeiters hebt um seiner Kräfte willen, nicht lediglich, um sich seine Arbeitskraft als Produktionsmittel zu erhalten. Die Forderungen, die der Landarbeiter für sich und seine Angehörigen zu stellen berechtigt ist, sind groß, und zwar vor allen Dingen deshalb, weil er fast immer von der Gesetzgebung hintenangelassen und noch vielfach Staatsbürger zweiter Klasse ist. Es sei nur daran erinnert, daß er infolge der veralteten Gerichtsverordnungen tatsächlich noch vielfach unter Ausnahmegeboten zu leben gezwungen ist, daß die sozialen Gesetze auch durch die Bestimmungen der neuen Reichsversicherungsordnung sich gerade der Landarbeiterschaft in viel geringerem Grade annehmen als seiner Berufsangehörigen in Gewerbe und Industrie, daß er unter unserer Wirtschafts- und Steuerpolitik noch mehr leidet als der städtische Arbeiter, da er das Koalitionsrecht so gut wie völlig entbehren muß. Berücksichtigt man anerkennen, daß der Gutsarbeiter meistens unter politischer Bevormundung gehalten wird und das Anwachsen des Großgrundbesitzes und das Steigen der Bodenpreise infolge der Agrarölle ihm den Erwerb einer eigenen Scholle unendlich erschweren, so ist es kein Wunder, daß der Strom der Abwanderung vom Lande dauernd andauert und die Klagen über die Leutenot immer lauter und häufiger werden.

Nur durch eine starke Organisation kann wenigstens zum Teil eine Besserung der Verhältnisse herbeigeführt werden. Die Sozialdemokratie hat bereits Schritte unternommen, die weit verbreitete und tiefgehende Unzufriedenheit der Landarbeiter für ihre Zwecke auszunutzen. Sie hat deshalb eine sogenannte freie Gewerkschaft gegründet, indem sie bei der Agitation sorgfältig deren wahre Ziele verheimlichte. Als wirklich neutrale Organisation ist nunmehr der neue Gewerkeverein der Land-, Forst- und Gartenarbeiter auf dem Plan erschienen und hat zunächst ein Landarbeitersekretariat für Bommern und Mecklenburg in Stralsund errichtet, das sich in erster Linie die Sammlung aller Landarbeiter in einheitlicher Organisation zur Aufgabe gestellt hat. Hauptzweck der neuen Organisation ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit allen gesetzlichen Mitteln zu verbessern, die Rechte der Mitglieder zu vertreten und die Gewährung von Unterstützung in allen Notlagen des Lebens zu sichern.

Bei den Unterstützungseinrichtungen, die den Mitgliedern zugute kommen, ist besonderes Gewicht gelegt auf den Rechtsrat und Rechtsschutz. Auch für die Fälle der Erwerbsunfähigkeit wird eine Unterstützung von 70 Pf. pro Arbeitstag auf die Dauer von 4 Wochen nach geleisteten 52 Wochenbeiträgen gezahlt, ferner eine Wochenbeihilfe in gleicher Höhe und auf dieselbe Dauer für die weiblichen Mitglieder, ein Sterbegeld in Höhe von 20 M. nach einjähriger, von 30 M. nach fünfjähriger und von 40 M. nach zehnjähriger Mitgliedschaft. Außerdem ist den Frauen und Töchtern der Mitglieder die Möglichkeit gegeben, sich eine Bearbnisbeihilfe zu sichern, die je nach der Höhe der Wochenbeiträge 30—120 M. betragen kann. Auch Maßregelungsunterstützung kann bis zum Höchstbetrage von 30 M. durch den Hauptvorstand bewilligt werden. Das Verbandsorgan „Der Land- und Forstarbeiter“ wird den Mitgliedern alle 14 Tage kostenlos geliefert.

Und alle diese Vorteile und erheblichen Leistungen werden den Mitgliedern gewährt bei einem Wochenbeitrage von 15 Pf. Die Rechte, die dadurch erworben werden, sind wesentlich höher als diejenigen der sozialdemokratischen Gewerkschaften, obgleich diese höhere Beiträge verlangen. Aus alledem zieht das obengenannte Königsberger Blatt den Schluß, daß die Deutschen Gewerbevereine mit der Neuschöpfung der Sektion einen großen Schritt zur wirtschaftlichen Hebung und Organisation der Landarbeiter getan und damit erheblich an der Lösung der Landarbeiterfrage gearbeitet haben. Sache der Mitglieder und Aufgabe der Aufklärungsarbeit aller wahren Freunde der Landarbeiter muß es sein, dafür zu sorgen, daß auf dem gelegten Fundament ein guter Bau errichtet werden möge zum Segen für die Landarbeiterschaft und die Landwirtschaft und damit zum Nutzen für das Vaterland.

### Kolonialhandel und sonstiger Außenhandel.

In der augenblicklichen Erregung über die von der deutschen Regierung in der Marokkofrage eingeschlagenen Wege laufen einige sehr wichtige Gesichtspunkte handelspolitischer Natur Gefahr, übersehen zu werden. Die Wichtigkeit der Kolonien steht heute viel unanfechtbarer als vor 20 Jahren fest. Der Anbau von Gummi-äumen, die Massenverwendung ihres teuren Erzeugnisses reicht allein schon aus, um einen ganz anderen wirtschaftlichen Horizont zu erschließen. Gummi ist ein Artikel, dessen Verbrauch nach menschlichen Ermessen nur zunehmen kann. Ein anderer wertvoller Artikel, den unsere tropischen Kolonien uns vielleicht liefern könnten, wäre Kakaobohnen. Kürzlich sind in Bremen 58 Ballen Kamerun-Kakao zu dem sehr hohen Durchschnittspreis von 9 Mark für das Kilogramm verkauft worden. Das ist geradezu ein Sumatrapreis! Wenn man lernt, dem jungfräulichen Boden Kameruns große Mengen eines so wertvollen Erzeugnisses abzugewinnen, so kann die Kolonie ein kostbarer Besitz werden. Allerdings hat man ähnliche Ergebnisse wie in Kamerun bereits vor 15 Jahren in Neuguinea erzielt: der dort gewonnene Kakao erzielte in Bremen einen sehr hohen Preis. Und doch hat der Anbau wieder aufgehört, weil die Arbeiter, chinesische Kulis, dem Klimafieber nicht gewachsen waren. Andererseits haben frühere Anbauberufende in Afrika nur einen großen, geringwertigen Kakao ergeben. Als dritten und vorläufig wichtigsten, unerwarteten Glücksfall muß man den Diamantenfund in Deutsch-Südwestafrika ansehen. Der Wert der Kolonien und die Hoffnung auf ihre Produktivität darf daher keineswegs gering angeschlagen werden.

Darüber und über dem Marokko-Kongo-Streit darf aber das Augenmaß für die ganz überwältigende Wichtigkeit des Handels mit fremden Ländern nicht verloren gehen. Selbst für England, das die größten und reichsten Kolonien des Erdballs besitzt, ist der Kolonialhandel bei weitem nicht so bedeutungsvoll wie derjenige mit fremden Ländern. Großbritannien führte 1909 für 138 Mill. Pfund Sterling nach seinen Kolonien aus, nach anderen Ländern dagegen für 332 Mill. Pfund Sterl., also weit mehr als doppelt so viel. Dabei hat das britische Kolonialreich 29 1/2 Mill. Quadratkilometer Fläche und 350 Mill. Einwohner; unter ihnen befinden sich Länder von der größten Aufnahmefähigkeit für europäische Waren, wie Kanada, Australien, Südafrika und Länder mit einer dichten Bevölkerung, die eine uralte Salzkultur besitzen wie Indien und Ägypten. Unsere Schutzgebiete umfassen dagegen eine Fläche von 2 1/2 Mill. Quadratkilometer mit nur 12,4 Mill. Einwohnern, von denen die Eingeborenen nicht einmal eine Salzkultur besitzen.

Unsere Kolonien sind in erfreulicher Entwicklung begriffen, aber gegenüber unserem Gesamtbandel spielt der Handel mit ihnen kaum eine Rolle. Deutschlands Einfuhr im freien Verkehr belief sich auf

insgesamt	davon aus deutschen Kolonien
1909 8527 Mill. M.	29,2 Mill. M. = 0,34 v. S.
1910 8934 Mill. M.	49,5 Mill. M. = 0,55 v. S.

Nicht viel anders ist das Verhältnis bei der Ausfuhr im freien Verkehr, die

insgesamt	davon nach deutschen Kolonien
1909 6594 Mill. M.	40,9 Mill. M. = 0,62 v. S.
1910 7475 Mill. M.	48,8 Mill. M. = 0,65 v. S.

betrug. Die Zahlen sollten niemand die Freude an unseren Kolonien verleiden, wohl aber vor dem Glauben warnen, als könnten uns unsere Kolonien, auch nur einen bescheidenen Ertrag für eine Einbuße im Verkehr mit anderen Staaten geben. Selbst ein so kleines Land wie Dänemark mit seinen 2,6 Mill. Einwohnern ist für uns handelspolitisch vier- bis fünfmal so wichtig wie unsere Kolonien in ihrem gegenwärtigen Zustande, wie sich daraus ergibt, daß wir 1910 für 158 Mill. Mark von dort bezogen und für 22 1/2 Mill. Mark nach Dänemark lieferten. Alle Hoffnung auf eine flotte Entwicklung unserer Kolonien kann an dieser feststehenden Tatsache nichts ändern.

Allein man sollte sich stets vor Augen halten, daß die Handelspolitik der Gegenwart und der nächsten Zukunft gilt. In ferne Zeiten kann niemand hineinsehen. Die Handelspolitik kann nicht für alle Zeiten festgelegt werden; es muß im Gegenteil mit den Jahren und den Erfahrungen, die wir ihnen verhandeln, gelernt werden. Auch das handelspolitische Verhalten anderer Völker wird stets einen berücksichtigenden Umstand für uns bilden, wobei allerdings auch nicht vergessen werden darf, daß nach unseren Schätzungen wieder andere die ibrigen einrichten werden. Wenn Deutschland z. B. wie vielfach empfohlen wird, dem eigenen Handel mit seinen Kolonien solche Vorteile einräumt, daß der Fremde dadurch benachteiligt wird, so fördern wir damit den Ubergang Englands zum zollpolitischen Imperialismus, zur Schutzollpolitik. Denken wir doch daran, daß wir im letzten Jahre allein aus Britisch-Westafrika für 108 Mill. M., also mehr als das Doppelte unserer Einfuhr aus allen eigenen Kolonien zusammen einfuhrten. Die Ausfuhr dorthin beträgt allerdings nur 15,2 Mill. M., aber nach Britisch-Südafrika beläuft sie sich trotz der Differenzierung zugunsten der Einfuhr aus dem Mutterlande auf 54 Mill. Mark.

Wer den Blick zu sehr auf unseren Kolonialhandel lenkt, läuft Gefahr, Schädigungen des Handels mit fremden Ländern zu unterschätzen. Unsere auswärtige Handelspolitik ist noch auf Jahrzehnte hinaus von überwältigender Wichtigkeit. In ihr gemachte Fehler lassen sich durch die Pflege der Kolonien nicht ausgleichen.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 17. November 1911.

Unsere Jugendbewegung findet bei einem Teile der Gewerbevereinskollegen leider noch immer nicht die wünschenswerte Beachtung und Unterstützung. Aus zahlreichen Orten kommen Klagen, daß man die ins Leben gerufenen Jugendabteilungen oft schon nach kurzer Zeit ihrem Schicksal überläßt und sich um sie nicht kümmert. Selbst diejenigen Gewerbevereinskollegen, die durch Gewinnung der passiven Mitgliedschaft ein gewisses Interesse für die Jugendbewegung an den Tag gelegt haben, lassen vielfach sehr schnell in ihrem Eifer nach und lassen sich in den Sitzungen nicht mehr leben. Diese Gleichgültigkeit liegt weder im Interesse der Jugendbewegung noch in dem unserer Gewerbevereinsache, und es wäre dringend zu wünschen, daß hier Abhilfe geschaffen wird. An einigen Orten ist es sogar vorgekommen, daß sich nicht einmal ein Abteilungsleiter findet, der seine Kräfte den Jugendlichen zur Verfügung stellt und sie zu tüchtigen Gewerbevereinskollegen zu erziehen verliucht. Wenn so etwas selbst in großen Städten passiert, so braucht man sich nicht darüber zu wundern, wenn es an kleinen Orten nicht recht vorwärts gehen will. Wir müssen alle unsere Kräfte anspannen, die Jugendbewegung zu fördern, und was bei den anderen Organisationsrichtungen möglich ist, das muß auch in den Deutschen Gewerbevereinen durchgeführt werden können. Bei Energie und gutem Willen wird dies auch der Fall sein. Allerdings muß jeder daran mitwirken und auch die einzelnen Gewerbevereinsorgane werden von Zeit zu Zeit auf die Bedeutung unserer Jugendbewegung hinweisen und ihre Förderung empfehlen.

Gerade die jetzige Zeit ist besonders günstig. Propaganda für unsere Jugendabteilungen zu machen. Das Weihnachtsfest liegt nicht mehr in allzuweiter Ferne. In der Wehrzahl der Erbsber-eine findet eine Beicherung der Kinder statt. Dabei werden auch Kinder angemeldet, die zu Ostern die Schule verlassen. Kein Festredner sollte es versäumen, in seiner Ansprache die Bedeutung der Jugendbewegung für unsere Sache in das richtige Licht zu setzen und die älteren Kinder schon jetzt auf den Eintritt in die Jugendorganisation aufmerksam zu machen. Hoffentlich fällt auch die Mahnung auf fruchtbaren Boden, damit wir zu Ostern einen recht stattlichen Zuwachs an Sere unseres jungen Nachwuchses verzeichnen können.

Aus dem Reichstage. Eisenbahnerdebatten standen in letzter Zeit recht viele auf der Tagesordnung. Der Reichstag hatte sich Anfang dieser Woche ebenfalls mit einer die Eisenbahner betreffenden Interpellation zu beschäftigen. Die Sozialdemokraten führten nämlich Beschwerden darüber, daß Arbeiter der Reichseisenbahn nach langjähriger, durchaus zufriedenstellender Arbeit entlassen worden sind, weil sie zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen tätig waren, und fragten gleichzeitig an, was der Reichskanzler zu tun gedenke, um solch willkürliches, der Gleichberechtigung der Staatsbürger widersprechendes Vorgehen der Reichseisenbahnverwaltung für die Zukunft unmöglich zu machen. Die Beschwerden betrafen Mitglieder des elsäß-lothringischen Eisenbahnerverbandes, die nach langjähriger Tätigkeit plötzlich entlassen wurden, weil sie in der Organisation eine Rolle spielten. Einer der Verabschiedeten, der 25 Jahre im Dienste der Eisenbahnverwaltung stand und vor wenigen Jahren eine Anerkennung für seine Tätigkeit erhalten hat, war entlassen worden, weil er sich weigerte, Äußerungen zurückzunehmen, die er nach Angabe eines Aufpassers gemacht haben sollte, die von ihm selbst aber bestritten werden. Schließlich hat er die Unterschrift unter einen Widerruf gegeben, sie gleichzeitig aber mit einem Zusatz versehen, in welchem die Behörde eine Ächtungsverleugung erblickte. Bei dieser Gelegenheit kam auch zur Sprache, daß die Eisenbahnbehörde für sich das Recht in Anspruch nimmt, in jede Versammlung der Eisenbahner einen Beamten zu schicken, um sich, wie sie sagt, zu informieren, während die Sozialdemokratie diese Praxis als Spitzelerei betrachtet.

Alle diese Dinge wurden von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Emmel in starken Worten gerügt und als Verstoß gegen die staatsbürgerlichen Rechte der Eisenbahner und gegen das Reichsvereinsgesetz hingestellt. Der zuständige preussische Minister v. Breitenbach bestritt, daß in der Ueberwachung der Eisenbahnerversammlungen durch seine Beamte gegen das Vereinsrecht verstoßen werde. Er meinte nur von dem Recht des Arbeitgebers Gebrauch. Das Recht, sich mit ihren Kollegen zu Vereinen zusammenzuschließen, bleibe den Eisenbahnern unbenommen. Es müßte aber soweit eingeschränkt werden, wie es durch die besonderen Bedürfnisse des Eisenbahnbetriebes geboten sei. Recht und Ordnung müßten herrschen, und deshalb dürften die Angestellten keine Bestrebungen fördern, die auf den Umsturz der bestehenden Staatsordnung abzielen. Das Recht der Arbeitseinstellung könne den Eisenbahnern nicht eingeräumt werden. Die Befugnis, Beauftragte in die Versammlungen der Eisenbahner zu schicken, werde sich die Behörde nicht nehmen lassen. In alledem liege keine Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit, da ja die diesbezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung für die Eisenbahner keine Geltung hätten.

Aus der Debatte, die nicht zum Abschluß gelangte, sondern auf unbestimmte Zeit vertagt wurde, hoben alle Redner der bürgerlichen Parteien hervor, daß den Eisenbahnern zwar das Koalitionsrecht, nicht aber das Streikrecht zustehe. Der christliche Arbeiterführer Becker-Arnberg ludte den christlichen Eisenbahnerverband, Sitz Elberfeld, in empfehlende Erinnerung zu bringen, indem er betonte, daß diese Eisenbahnerorganisation es für sehr wünschenswert hielte, daß Beamte an ihren Versammlungen sich beteiligen. Trotzdem hält er das Vorgehen der Behörde in den gerügten Fällen für zu streng; sie hätte sich nach seiner Meinung mit einer Verwarnung begnügen können. Für den Verzicht auf das Streikrecht müßten den Eisenbahnern aber Entschädigung durch eine weitgehende Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewährt werden. Er, wie der Abgeordnete Behrens benutzten die Gelegenheit,

gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu Felde zu ziehen, die kein Recht hätten, der Regierung Vordrücke wegen ihres Verhaltens zu machen. Der fortschrittliche Redner Dr. Müller-Meinungen bedauerte ebenfalls das schroffe Vorgehen der Behörde. Sie sollte den Arbeitern nur mehr Vertrauen entgegenbringen, ihnen die gesetzlich gewährtesten Rechte nicht verkürzen, dann würde sie die Unzufriedenheit bannen, die durch das strenge Vorgehen nur vergrößert wird. Auch dieser Redner ist der Meinung, daß die Eisenbahner auf das Streikrecht verzichten müssen, dafür aber sei das Koalitionsrecht, das jetzt von Forderungen und Selbstschüssen umgeben sei, zu sichern und auszubauen. In seiner heutigen Form sei es völlig unhaltbar. Der Eisenbahnverwaltung legte er außerdem ans Herz, eine vernünftige soziale Arbeiterpolitik zu betreiben und auch sonst die gerechten Forderungen der Arbeiter, vor allem bezüglich des Urlaubes, längerer Kündigungsfristen und der paritätischen Ausschüsse für die Abstellung von Beschwerden zu bewilligen.

Jum Schluß der Verhandlungen gab es noch ein kurzes Gedankel zwischen dem Minister und dem sozialdemokratischen Abgeordneten Böhle. Auch aus diesen Debatten ist leider etwas Greifbares für die Eisenbahner nicht herausgekommen.

Eine unerwartete Wendung hat der Konflikt der bairischen Regierung mit dem Zentrum genommen. Bei dem Einfluß, den diese Partei dank ihrer großen Mehrheit im Landtage hatte, war es wahrscheinlich, daß der von ihr angegriffene Verkehrsminister v. Frauendorf seinen Abschied nehmen würde. Indessen die Annahme, die in den letzten Erklärungen der Zentrumsführer zum Ausdruck kam, scheint denn doch das Maß der Geduld der bairischen Regierung zum Ueberlaufen gebracht zu haben. Auffallend war es schon, daß der Prinzregent zu erkennen gab, das Staatsministerium möge auf sein Alter keine Rücksicht nehmen, sondern alle diejenigen Maßnahmen treffen, die es im Interesse des Landes für notwendig hielt. Sicherlich darauf mit zurückzuführen ist der plötzliche Umsturz, der dem Zentrum gegenüber zu verzeichnen ist. Am Dienstag früh erließen der Ministerpräsident mit dem gesamten Ministerium in der Kammer und löste dieselbe auf.

Diese Maßnahme wurde von den Liberalen und Sozialdemokraten mit großem Beifall aufgenommen. Die Neuwahlen sollen noch vor den Reichstagswahlen stattfinden. Geht man darf man auf den Ausgang derselben sein. Es ist sehr wahrscheinlich, daß im bairischen Volke die Wehrheit hinter dem Ministerium steht und dadurch die bisherige Vorherrschaft des Zentrums gebrochen wird.

**Arbeiterbewegung.** Am Sonntag haben im Ruhrgebiet zahlreiche, sehr stark besuchte Versammlungen stattgefunden, die sich um die Lohnbewegung der Vergleute beschäftigten. Ueberall zeigte sich, daß die Mitglieder fest hinter ihren Organisationen stehen. In einer Resolution werden letztere aufgefordert, sofort Lohnforderungen zu formulieren und sie den Werkleitungen zu unterbreiten. — Der Kampf der Eisenformer und Siebereitarbeiter in Berlin zieht immer weitere Kreise. Nicht allein die Eisenbreher sind in mehreren größeren Betrieben in den Solidaritätsstreik eingetreten, sondern auch andere Kategorien wie z. B. die Dreher, Fräser und Sobler auf den Riesenwerken in Oberschöneweide. Auch insofern machen sich Folgen der Bewegung bemerkbar, als in verschiedenen größeren Betrieben Schloffer usw. wegen Mangel an Guß entlassen sind. — Eine Folge des Formereistreiks ist die Arbeitsniederlegung der Dreher in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (Werk Guttenfr.) in Berlin. Rund 400 Dreher sind in den Streik getreten. — In der Goldleistenfabrik von Nichtenbach in Steindal ist die Arbeit niedergelegt worden, weil die Firma einige Arbeiter entlassen hat, anstatt dem Wunsch der Arbeiter gemäß, die Zahl der Lehrlinge einzuschränken. — In Lippe und Westfalen tobt der Kampf in der Zigarettenindustrie mit unüberänderter Heftigkeit fort. Auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften fordert zu Sammlungen zur Unterstützung der Ausgelberrten auf. — Der Tarifvertrag für die Stapel-Serrenkonfektion in Berlin ist zum Abschluß gelangt. Es ist zu erwarten, daß auch die Verhandlungen zwischen den Zwischenmeister und den Arbeitnehmern zu einem befriedigenden Resultat gelangen. — Dagegen sind die Verhandlungen in der Berliner Damenkonfektion zunächst ergebnislos abgebrochen worden. Der weitere Verlauf der Bewegung hängt zunächst von der Stellung der beteiligten Organi-

isationen ab. — Die Textilarbeiter von Krimitidiani S. wollen eine Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse herbeiführen. Sie fordern die Einführung der sechstündigen Arbeitszeit, eine Erhöhung der Löhne und bessere Bezahlung der Nebenarbeiten. Außerdem wird ein paritätischer Arbeitsnachweis gefordert. — In Lemgo in Lippe sind Differenzen in der Lederindustrie ausgebrochen. Die Arbeiter sind der Meinung, daß die Unternehmer ihnen das Koalitionsrecht rauben wollen, weil eine Anzahl organisierter Arbeiter ausgelberrt worden ist.

In New York waren die Straßenreiniger in den Streik getreten. Der Verwaltung ist es gelangt, einige tausend Arbeitswillige heranzuschaffen, mit denen aber die Ordnung und Sauberkeit in den Straßen nicht genügend aufrecht erhalten kann. — In London hat eine Konferenz der Vertreter der englischen Bergarbeiter stattgefunden, die beschlossen hat, eine Urabstimmung über den Generalstreik zum 20. Dezember vorzunehmen. Vorher sollen die Unternehmer noch einmal zu Verhandlungen aufgefordert werden. — 3000 Erd- und Betonarbeiter in Kopenhagen sind in den Ausstand getreten, weil es unmöglich war, den am 1. April abgelaufenen Tarif zu verlängern und die Unternehmer durchaus Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeiführen wollten.

Ein beachtenswertes Urteil über die Gelben fällt die „Soz. Prar.“ bei ihrer Berichterstattung über die Tagung des Hauptausschusses der nationalen Arbeiterverbände. Die erwähnte Wochenschrift bedauert es, daß die Redner nicht näher auf die Frage eingegangen seien, wie die Arbeitgeber es wohl machen, trotz höherer Löhne infolge des Fortschreitens der Werkereine billiger zu produzieren, — so wurde nämlich mehrfach behauptet — und erst recht nicht auf die andere Frage, ob nicht alles das, was die Gelben ihren Vereinen zuschreiben, nur möglich ist, weil es eine nicht-gelbe Arbeiterbewegung gibt, für deren Abwehr viele Arbeitgeber den Selbstorganisierten die vorteilhafteren Arbeitsbedingungen gewährten — daß also die gelben Gewerkschaften ihren Platz an der Sonne eigentlich der Wirksamkeit der unabhängigen Gewerkschaften verdanken. Wie es um die Gestaltung des Arbeitslohnes stünde, wenn das Verfahren der gelben Gewerkschaften Grundfab für die Allgemeinheit der Arbeiterbewegung würde, wagen die Gelben wohl selbst nicht auszubenten.

Wir haben diesen Autororganisationen schon vieljubil Ehrer erwiesen, daß wir uns mit ihnen zu eingehend beschäftigt haben. Indessen derartige Urteile müssen der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, weil allein Aufklärung über ihr Wesen den Gelben den Boden in der Arbeiterschaft entziehen kann.

**Ueber die Tarifverträge in Deutschland im Jahre 1910** gibt die neueste Nummer des „Reichsarbeitsblatt“ für Auskunft. Danach weist die Zahl der neu abgeschlossenen oder erneuerten Tarife eine ungewöhnliche Steigerung auf. Während im Jahre 1909 nur 2090 Verträge für 24 209 Betriebe mit 230 195 Arbeitern neu in Kraft traten, brachte das Jahr 1910 3756 Verträge für 73 204 Betriebe und 735 360 Arbeiter. Unter Berücksichtigung des Abgangs abgelaufener und des Zugangs neuer Verträge stellte sich die Zahl der Ende des Jahres 1910 gültigen Tarifverträge auf 8293, die 173 727 Betriebe mit 1 361 086 Arbeitern betrafen.

Im einzelnen gibt über die Tarife ein Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“, das loben erziehten ist, Auskunft. Es wird sich demnächst Gelegenheit bieten, noch näher darauf einzugehen.

**Ueber den Wert der Tarifverträge im Vange-** werbe äußert sich der Tätigkeitsbericht des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten über das Geschäftsjahr 1910/11 folgendermaßen:

„Die Tarifverträge regeln die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf der Arbeitseiten. Sie haben bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern befriedigende Zustände geschaffen, an Stelle des dauernden Kleinriegs ist das Vertrauen auf Recht und Vertrag getreten. Die Verträge sind kein Abwehrmittel. Wer wollte leugnen, daß tiefe Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen sind. Eine Welt trennt uns von den Grundbesitzer einer Partei, der die für uns in Frage kommenden Gewerkschaften folgen. Und weil es so ist, darum heißt es, unaflässig zu rüsten, sich hart und fest zu machen, weil nur die Macht den Frieden verbürgt. Starke Parteien haben den Frieden, sie müssen aber auch, daß sie sich verlassen können auf die Umarmungen, die getroffen wurden. Natürlich kommen hier und da auch unter dem Vertrags-

berhältnisse Differenzen vor; die müssen ausgeglichen werden. Doch auch bei solchen Tarifverträgen verbürgt nur Geschlossenheit und Kraft den gerechten Ausgleich.“

Leider ist nicht anzunehmen, daß diese verständige Ansicht, obgleich sie aus praktischer Erfahrung gewonnen ist, nennenswerten Eindruck auf die Gegner der Tarifverträge machen wird. Um so mehr Gewicht wird dieser Kundgebung von all denen beigelegt werden, die in den Tarifverträgen ein Instrument zur Förderung des sozialen Friedens erblicken, wobei allerdings Voraussetzung ist, daß die beiderseitigen Organisationen so stark sind, daß sie die getroffenen Vereinbarungen auch halten können.

Wie es um die staatsbürgerliche Bildung der deutschen Jugend bestellt ist, das zeigen die Antworten, die ein Assistentarzt bei einer Prüfung eilfässlicher Rekruten auf die Frage: „Was ist der Reichskanzler?“ erhalten hat. Befragt wurden im ganzen 147 Mann, von denen, wie der Fragesteller in der „Straßburger Post“ mitteilt, nur 42 die richtige Antwort geben konnten. 105 wägen, und 27 lieferten falsche Antworten. Die waren sehr mannigfaltig. So wurde u. a. gesagt, der Reichskanzler sei der Döchte im Reichstage — ein Mann im Reichstage — Oberst vom Reiche — er hebt und senkt die Steuern — der hat alles zu bezahlen, wenn im Staate was gemacht wird — der ist über die Abgeordneten — hat die Kriegssachen unter sich — der Reichsprediger — der beim Kaiser alles schreiben tut — der, was dem Kaiser alles zuteil — er erdient Seine Majestät — der die Steuern einnimmt — ein Abgeordneter — der das Haupt im Gericht führt — der über das Reich die Pläne ausführt — der Oberst von den Reichstagswählern — hat die Stadt Berlin unter sich — der im Reichstag die Andhrache machen muß — der alles auf dem Lande aufschreibt — verwaltet die Bücher des Kaisers — der liest alles vor und macht bekannt, was im Reichstag beschlossen ist — ist beim Kaiser — der oberste Warrer — ein Bischof — Oberster in einer Provinz — steht dem Kaiser zur Seite im Kriege — Untertan des Kaisers — regiert die ganze Welt.

Wenn schon auf die Frage über den Reichskanzler so viel Unsinn zutage gefördert worden ist, wie mag es da erst um die übrigen staatsbürgerlichen Kenntnisse bestellt sein. Jedenfalls ist hier ein neuer Beweis für die Notwendigkeit erbracht, daß dem staatsbürgerlichen Unterricht auch in den Volksschulen mehr Beachtung geschenkt werden muß.

### Gewerbetreibers-Zeil

**Berlin.** Das bezweigte Zusammenarbeiten im Arbeiterausschuß für die städtischen Betriebe in Schöneberg kam u. a. auch in der Versammlung des Ortsvereins der Berliner Straßenreiniger am 14. d. Mts. zur Sprache. Die sehr gut besuchte Versammlung erörterte zunächst den Entwurf einer Arbeitsordnung für die Berliner Straßenreinigungsbetriebe. Die Arbeiterausschußmitglieder wurden beauftragt, die Aenderung einiger Bestimmungen zu versuchen, die teilweise mit dem sozialen Geist der heutigen Zeit nicht mehr im Einklang stehen. Dann nahm die Versammlung Stellung zum Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaftler in Schöneberg. Die Versammlung machte folgende Feststellungen: Bei der Wahl der Arbeiterausschußmitglieder erhielten die Kandidaten des Hirsch-Dunderschen Ortsvereins der Straßenreiniger 55, die der Gewerkschaften 34 Stimmen. Da ein weiser Stimmzettel nicht mitgezählt werden durfte, hatte unsere Richtung die Majorität. Trotzdem die Vertreter unseres Ortsvereins gegen eine Stichwahl sofort protestierten, wurde eine solche vorgenommen. Bei dieser Stichwahl aber auf und erklärte die Hauptwahl für gültig. Das entspricht auch durchaus dem parlamentarischen Brauch.

Die Gewerkschaftler bezweigten darauf die Zusammenarbeit und legten ihre Mandate nieder. Der Magistrat schrieb für diese Mitglieder Neuwahlen aus. Die bisherigen Kandidaten der Gewerkschaften wurden wiedergewählt. Zwei Mitglieder des Gemeindefreierverbandes, die an der Wählerkammerung teilgenommen haben, wurden nicht wieder aufgestellt. Die neugewählten Vertreter bezweigen nun gleichfalls die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftern, so daß eine Vertretung der Arbeiterinteressen der Bezirke gegenüber durch das ungerechtfertigte Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaftler nicht möglich ist. Die Versammlung nahm nachstehende Resolution an:

„Die Versammlung des Ortsvereins der Berliner Straßenreiniger nimmt mit lebhaftem Bedauern Kenntnis von der Verweigerung der Mitarbeit im Arbeiterausschuß für die städtischen Betriebe in Schöneberg seitens der Ausschlußmitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die Interessen der städtischen Arbeiter erleiden dadurch erhebliche Nachteile. Den städtischen Behörden gegenüber wird die Uneinigkeit der Arbeiter in einer Weise demonstriert, die den Wert der Arbeiterausschuße gänzlich in Frage stellt.“

